

Koalitionsvertrag

im Bezirk Harburg

für die 18. Legislaturperiode der Bezirksversammlung

zwischen

Christlich Demokratische Union (CDU)

und

Bündnis 90 / Die GRÜNEN / Grün Alternative Liste (GAL)

Präambel

CDU und GAL vereinbaren für die 18. Wahlperiode (2008-2012) der Bezirksversammlung Harburg eine Zusammenarbeit in der Bezirkspolitik.

Die Vertragsparteien sehen im Wahlergebnis vom 24.02.2008, bei dem die bisherige Bezirkskoalition mehrheitlich bestätigt wurde, einen klaren Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, die Politik in Harburg auch weiterhin zu gestalten.

Sie wollen gemeinsam in der gesamten Legislaturperiode für stabile und eindeutige politische Mehrheiten sorgen und schließen im Hinblick auf die für den Bezirk in den vergangenen Jahren erfolgreiche gemeinsame Arbeit erneut einen Koalitionsvertrag.

Die Vertragspartner vertrauen, nach dem auch auf Landesebene eine schwarz-grüne Regierung gebildet worden ist, darauf, dass die Zusammenarbeit in Harburg zusätzliche Unterstützung erhält.

Beide Vertragspartner unterstützen die auf Landesebene geschlossene Koalition und werden die Ziele auch auf bezirklicher Ebene in die Entscheidungen einfließen lassen.

Zugleich werden die Vertragspartner selbstbewusst Harburger Interessen und den Inhalt dieses Vertrages gegenüber Senat und Bürgerschaft vertreten.

Die Parteien sind sich darüber einig, dass durch unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse im Bund und die dortige Mitwirkung dieser Vertrag nicht berührt wird.

Gemeinsame Beschlüsse der Koalition aus der vergangenen Legislaturperiode, die nicht ausdrücklich in diesem Vertrag erwähnt sind, gelten weiterhin.

Stadtentwicklung und Umwelt

Alle städtebaulichen Entwicklungen sollten unter dem Grundsatz einer Nutzungsmischung und behutsamen Nachverdichtung betrachtet werden.

Die Koalition strebt die Wiedergewinnung des Charakters Harburgs als Stadt an der Elbe an. Dazu soll eine Entwicklungsachse vom Phoenix-Viertel durch die Lüneburger Straße, den Schloßmühlendamm, die Harburger Schloßstr., über die Schlossinsel ans Elbufer entstehen.

Harburg 67/Harburg 61 (Schlossinsel/Binnenhafen):

Im laufenden B-Planverfahren sollte eine größtmögliche Zugänglichkeit der Kaibereiche für die Bevölkerung gesichert werden. Ein gleichrangiger Mix von Wohnen, Freizeit, Dienstleistung, Arbeit und Gewerbe muss in geeigneter Weise sichergestellt werden. Der Bereich soll innerhalb von 12 Monaten aus dem Hafengebiet und dem Einflussbereich von Hamburg Port Authority (HPA) entlassen werden.

Die Sicherung denkmalschutzrechtlicher Belange, insbesondere bei alten industriellen Hafengebäuden (z.B. Hobum) hat für die Vertragsparteien hohen Rang.

Wir wollen einen Binnenhafenrundweg mit historischen Stationen. Außerdem wollen wir einen Aussichtspunkt schaffen.

Auf der Schlossinsel selbst soll ein kaiseitiger Rundweg gebaut werden.

Die Hochspannungsleitung über die Schlossinsel soll verlegt werden.

Die Bebauung soll unabhängig von der IBA erfolgen, wenn dadurch eine zügigere Umsetzung erfolgen kann.

Wir wollen das Wohnen auf dem Wasser im Binnenhafen fördern.

Im Binnenhafen sollen die Möglichkeiten für einen Beachclub geschaffen werden, der tatsächlich für alle Harburger (also unabhängig vom Geldbeutel) zugänglich sein soll.

Alle Kanäle im Binnenhafen sollen für Schiffe zugänglich sein, so dass ein wasserseitiger Erlebnisraum entstehen kann.

Wir befürworten die geplante Hotelansiedlung anstelle eines mehrstöckigen Parkhauses.

Wir wollen markante Industriedenkmäler im Binnenhafen erhalten und einer aktuellen Nutzung zuführen.

Die Bezirksversammlung soll bei Abrissvorhaben bzw. den Genehmigungen auf dem Gebiet unter Kontrolle der HPA vorher informiert und beteiligt werden.

Die Koalition tritt für die Realisierung von Ensembleschutz der denkmalgeschützten Bereiche ein.

Besonders erhaltenswert sind die noch aus dem Jahr 1840 stammende Drehscheibe und die Schuppen am östlichen Bahnhofskanal. Es soll geprüft werden, ob der mittlerweile aus dem Stadtbild verschwundene Kran aus Kiel wieder beschafft werden kann.

Durch den Erhalt der Kaimauern am östlichen Bahnhofskanal soll der Charakter und die Zugänglichkeit erhalten werden und die Möglichkeit des Anlegens einer Promenade für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden. Grabungen in den Hafengebäuden rund um den Kaufhauskanal und die Schlossinsel sollen bei Vermeidung zusätzlicher Schadstofffreisetzungen ermöglicht werden.

Eine attraktive und ruhige Fußwegeverbindung von der Lüneburger Straße zum Harburger Binnenhafen soll hergestellt werden.

Röttigerkaserne:

Ziel soll es sein, innerhalb dieser Legislaturperiode eine Baugenehmigungsreife herzustellen. Dazu muss es möglich sein, dass die Planungen auf mehrere B-Pläne verteilt werden können.

Der Standard von Passivhäusern, bzw. gleichwertiger Energieeffizienz soll im B-Plan festgeschrieben werden. Zusätzlich zu den bisherigen Planungen soll ein WE-Anteil von 10 % für seniorenrechtlichen Geschosswohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Hierzu kommt insbesondere ein Umbau der 30er-Jahr-Kasernenengebäude in Betracht.

Die 30er-Jahre-Bauten an der B73 sollen im Rahmen einer Nutzung durch nichtstörendes Gewerbe erhalten werden, wenn es wirtschaftlich darstellbar ist.

Die Sportanlagen erhalten Zufahrt und ausreichende Parkplätze über eine Einmündung an der B73 nördlich des Sportplatzes.

Für eine gewerbliche Nutzung kommt die bisherige Wohnungsbaureserve im Bereich gegenüber der Röttigerkaserne in Betracht. Eine kritische Bewertung hinsichtlich Verkehrsentwicklung und Belastung des neuen und der bestehenden Wohnnutzung ist notwendig und Bedingung für eine Realisierung. Ausgleich und Ersatz sollte im Umfeld nördlich der Bahnlinie realisiert werden.

Logistikflächen:

Auf die Einbeziehung der Fläche am Radeland kann verzichtet werden.

Beim vorgesehenen B-Plan für Neuland 23 bedarf es einer Abwägung zwischen der hervorragenden Verkehrsanbindung und der hohen ökologischen Wertigkeit des Geländes. Unter diesen Voraussetzungen werden die Koalitionspartner hinsichtlich der angestrebten Logistiknutzung über Art, Umfang und Ausgleich einer möglichen Bebauung entscheiden.

Die Einrichtung einer Driving Range in diesem Bereich wird unterstützt.

Bevor in Harburg neue Logistikflächen ausgewiesen werden, wollen wir eine umfassende Bestandsaufnahme in Bezug auf bestehende Flächenreserven in Hafen, Gewerbe- und Industriegebieten. Neue Logistikflächen werden wir nur dann akzeptieren, wenn sie optimal erschlossen, die Flächen intensiv und mit hoher Wertschöpfung genutzt werden und durch über den Transport hinausgehende Dienstleistungsangebote für die Industrie neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Darüber hinaus soll für Flächen nördlich der Bahnlinie in Fischbek eine Änderung des Flächennutzungsplans befördert werden, um die bisher dort vorgesehenen Wohnbauflächen in Naturflächen umzuwidmen

Ausgleich:

Wichtiges Ziel der laufenden Legislaturperiode ist eine dauerhafte Sicherung von Gut Moor als Ausgleichsraum einschließlich der notwendigen Änderung des Flächennutzungsplans. Hierzu bedarf es einer unverzüglichen Bestandsaufnahme und eines Konzepts für die notwendigen Maßnahmen, die ggfs. auch den Ankauf bislang privater Grundstücke beinhalten.

Für ökologische Eingriffe im Bezirk durch neue bezirkliche B-Pläne muss ein Ausgleich im Bezirk oder in den unmittelbar angrenzenden niedersächsischen Landkreisen nachgewiesen werden.

Es wird keine weiteren Eingriffe in ökologisch bedeutende Flächen geben, insbesondere in Moor- und Waldgebieten. Die grundsätzliche Möglichkeit land- und forstwirtschaftlicher Nutzung bleibt davon unberührt

Die Vertragsparteien unterstützen ausdrücklich die lokale Agenda 21 und die Arbeit der örtlichen Gruppen.

Altes Land:

Der Charakter des Alten Landes soll erhalten werden, weitere Zersiedelung ist ausgeschlossen.

In Teilbereichen kann sich die Koalition das Aufstellen von Bebauungsplänen vorstellen, wenn der Charakter des Landschaftsbilds nicht beeinträchtigt, der Obstbau nicht eingeschränkt wird und es nicht zu einer Zersiedelung kommt.

Um die vorhandenen Strukturen auch für künftige Generationen funktionsfähig zu erhalten, wollen wir insbesondere die Möglichkeit des generationen-übergreifenden Beieinander-Wohnens schaffen.

Zum Erhalt der in der Marsch und der Geest vorhanden dörflichen Strukturen werden wir die bestehenden Bebauungspläne und Milieuschutzpläne auf ihre Wirksamkeit prüfen.

Die Koalition unterstützt das Vorhaben, die Alte Schule Cranz zu erhalten und einer regionalen Nutzung zuzuführen.

Wir setzen uns für die Entlassung aller Flächen in Francop und Moorburg aus dem Hafenerweiterungsgebiet ein.

Alte Süderelbe:

Der gesamte Verlauf der Alten Süderelbe soll als Grünzug entlang des Deichs erhalten und aufgewertet werden. Eine genaue Abgrenzung des erhaltenswerten Bereichs ist abhängig von den Planungen der Hafenuferspange.

Grüner Ring:

Im Kerngebiet Harburg soll der zweite grüne Ring (landesweite Vernetzung von Grüengebieten) zu einem „Harburger Grünen Ring“ ausgebaut und dementsprechend ausgeschildert werden.

Der Moorburger Berg soll in den zweiten grünen Ring integriert werden. Das dazugehörige Areal soll unter ökologischen und Naherholungsgesichtspunkten aufgewertet werden. Eine durchgängige Fuß- und Radwegeverbindung sollte realisiert werden.

Wir wollen die Funktion des 2. Grünen Rings als attraktive Grünzug-Verbindung weiter stärken, dessen Potentiale bisher kaum genutzt wurden. Die Schönheit des Bezirks Harburg wird durch einen Ausbau und die Verknüpfung weitläufiger Fuß- und Radwege noch mehr hervorgehoben werden können.

Plätze:

Die Eingangsbereiche der Lüneburger Straße, der Kanalplatz, Seeveplatz/Seevepassage und der Bereich um die S-Bahnstation Heimfeld müssen attraktiver gestaltet werden. Der öffentliche Raum soll für alle Teile der Bevölkerung nutzbarer werden, ohne einzelne Gruppen auszugrenzen. Gleiches gilt für die Bahnhofsvorplätze von Neugraben und Neuwiedenthal.

Bahnhofsvorplatz Neugraben/Zentrum Neugraben:

Ohne eine wirksame Geschwindigkeitsreduzierung auf höchstens Tempo 30 kommt eine Zustimmung zu den bisherigen Planungen nur mit einer gänzlichen Sperrung für den Durchgangsverkehr in Betracht.

Für das Zentrum Neugraben sollten ein städtebaulicher Rahmenplan in Betracht gezogen werden, der u.a. eine behutsame urbane Verdichtung ermöglichen könnte. Dabei ist auf eine Hebung des örtlichen Flairs Wert zu legen. Es sollen Identifikationspunkte geschaffen werden. Wichtig ist für diese Planung die Kompatibilität mit der Aktiven Stadtentwicklung und gegebenenfalls dem BID

Wir unterstützen die Modernisierung im Neugrabener Zentrum und der Wohnsituation der Petershofsiedlung durch die Aktive Stadtentwicklung.

Ein BID in Neugraben müsste mit der Aktiven Stadtentwicklung verknüpft werden.

Am Neugrabener Bahnhof soll ein Informationszentrum mit Informationen zu regionalen Moorflächen und Fischbeker Heide geschaffen werden.

Elfenwiese:

Die Planung soll, vorbehaltlich gerichtlicher Entscheidungen zum Bürgerbegehren, im bisherigen Umfang zur Planreife gebracht werden. Das Integrationsprojekt soll einbezogen bleiben.

Die Phoenix ist für uns ein wichtiger Baustein für die wirtschaftliche Lage Harburgs.

Bei einer möglichen zukünftigen Nutzungsänderung des Phoenix-Geländes sollte sich aber die Planung nicht auf die kommerziellen Aspekte beziehen, sondern im Vordergrund sollte die Bedeutung für das Flair der Harburger City stehen. Weiterer mit der Innenstadt konkurrierender Einzelhandel ist ausgeschlossen.

Unabhängig von der zukünftigen Entwicklung sollen bereits jetzt leerstehende Hallen auf dem Phoenix-Gelände im Sinne innerstädtischer Revitalisierung genutzt werden.

Am Finanzamtsknoten setzen wir uns für eine grundlegende Umgestaltung ein, die über die nur verkehrliche Neuorganisation hinausgeht. Insbesondere geht es um die Frage, wie in geeigneter baulicher Weise an die Synagoge erinnert werden kann.

Ein Discounter-/Einzelhandelsausschluss sollte nach dem Wandsbeker Modell auch in allen Harburger Bebauungsplänen umgesetzt werden.

Bei allen zukünftigen Planungen, die in den Zuständigkeitsbereich des Bezirks fallen, soll auf das Sparen von Ressourcen, insbesondere Wasser, geachtet werden.

Das Spülfeld an der Alten Süderelbe soll begrünt und ein Konzept für eine Freizeitnutzung dort umgesetzt werden.

Verkehr

Ein Verkehrskonzept Harburg soll erstellt werden, das den Bezirk Harburg und die für die verkehrliche Entwicklung relevanten benachbarten Gebiete im Bezirk Mitte und Niedersachsen umfasst.

Wichtige Fragen, die durch das Konzept beantwortet werden sollen, sind die folgenden:

Welche Auswirkungen haben jeweils die aktuellen Planungen zu Wohnen und Gewerbe auf welche Verkehrsstrassen?

Wie soll der Zulieferverkehr zum Airbuswerk organisiert werden?

Wie soll der Hinterlandverkehr aus den Hamburger Hafen organisiert werden?

Welches Konzept für eine neue Elbquerung der Hafenbahn ist sinnvoll?

Welches Konzept für eine neue Elbquerung der Hafenuferspanne ist sinnvoll?

Welche Trassenalternativen gibt es für den Verlauf einer neuen Hafenbahntrasse?

Welche Trassenalternativen gibt es für den Verlauf der Hafenuferspanne?

Welche Auswirkungen haben die möglichen Trassenführungen und Anschlussstellen der A26 auf die Gesamt-Verkehrssituation?

Ziel dieses Gesamtverkehrskonzeptes muss es sein, Bahn- und Kraftfahrzeugverkehr gemeinsam zu betrachten und Trassenführungen zu erreichen, die die Wohngebiete entlasten und nicht mit Durchgangsverkehr belasten.

Außerdem sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, an welchen Stellen die Verbesserung von Rad- und Fußwegeverbindungen den Verzicht auf motorisierten Individualverkehr fördern kann.

Die verkehrspolitischen Grundsatz-Entscheidungen aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag auf Landesebene werden von den Koalitionären auf Bezirksebene mitgetragen. Wir streben gleichzeitig an, dass es zur größtmöglichen Entlastung der B73 und des Harburger Zentrums kommt. Hierzu wollen wir schon frühzeitig mit Gutachten zu möglichen Rückbaumaßnahmen entlang der B73 anfangen, damit eine Umsetzung gegebenenfalls unmittelbar nach Eröffnung von A26 respektive Hafenuferspanne gestartet werden kann.

Die Barrierewirkung durch die Verkehrsachsen von Bahn und B73 in der Harburger City wollen wir aufheben. Für die Untere Elbbahn im Bereich der Buxtehuder Straße wollen wir eine Tunnellösung. Aber auch hinsichtlich der B73 selbst, setzen wir uns für eine spürbare Verbesserung der gegenwärtigen Lage ein. Dies gilt besonders für die Verbindung von Schloßmühlendamm und Harburger Schloßstraße, die von zentraler Bedeutung ist, um die Trennung zwischen Binnenhafen und Zentrum zu überwinden.

Um dies zu erreichen setzen wir uns für eine Machbarkeitsstudie zur Absenkung in dieser Legislaturperiode ein.

Bei der Planung der Hafenuferspanne und Hafenbahn sollen Trassen gewählt werden, die einen möglichst geringen negativen Einfluss auf die Lebensqualität der Anwohner insbesondere in Moorburg haben und auf der anderen Seite helfen, auch das Harburger Zentrum von Verkehr zu entlasten und die Attraktivität der städtebaulichen Planungen im Binnenhafen nicht schmälern. Eine Trassenführung für die Hafenbahn entlang des Harburger Binnenhafens lehnen wir strikt ab.

Für die Ansiedlung von Zulieferbetrieben für die Luftfahrtindustrie in Finkenwerder müssen Standorte gefunden werden, die nicht zu einer weiteren verkehrlichen Belastung im Alten Land führen. Das Ziel sind intelligente Lösungen, die den Zulieferverkehr auf dafür geeignete, leistungsfähige Strecken konzentrieren und ihn aus Wohngebieten heraushalten.

Die Flächenausweisung für zukünftige Gewerbe- und Logistikflächen darf nicht die geplante Entlastung der B73 konterkarieren.

Wir wollen die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen für die meistbelasteten Verkehrsrouten (Bundesstraßen, Autobahnen einschließlich A26, Bahnstrecken). Außerdem soll eine Prioritätenliste für Lärmschutzmaßnahmen erarbeitet werden. Der Lärmschutz an der gesamten Bahnstrecke Harburg-Neugraben einschließlich der Abzweigung zur Hafenbahn muss wesentlich verbessert werden.

Die modernen, mit Partikelfiltern ausgerüsteten bzw. auf Wasserstoffantrieb umgestellten Busse des öffentlichen Nahverkehrs sollen auch in Harburg eingesetzt werden.

Der Bezirk Harburg soll sich am Online-Pendlerportal des Landkreises Harburg beteiligen und das Car-Sharing Angebot verbessern.

Wir begrüßen die Regelung im Hamburger Koalitionsvertrag zur Aufhebung der nachmittäglichen Sperrzeiten für den Fahrradtransport in U- und S-Bahnen.

Wir wollen die Ampelphasen aller Ampeln im Bezirk überprüfen, um Wartezeiten auf Grünphasen für alle Verkehrsteilnehmer insbesondere jedoch Fußgänger zu verkürzen. Außerdem sollen die Querungszeiten für Fußgänger angemessen sein.

Wir wollen in allen Straßen in Wohngebieten, wo dies noch nicht geschehen ist, Tempo 30-Zonen einrichten. Ziel ist ein verkehrsberuhigtes Wohnen und damit deutlich weniger Verkehrslärm.

Die Vertragsparteien setzen sich für die Einführung eines Bezirks-Tickets in Harburg durch den HVV ein, um besonders kostengünstige Verbindungen zwischen dem Süderelberaum und der Harburger Innenstadt zu schaffen.

Sollte die Stadtbahn bzw. U4 nach Wilhelmsburg kommen, setzen wir uns für eine oberirdische Verlängerung nach Harburg ein, die unter anderem den Binnenhafen und die Hafencity direkt verbinden soll. Von Wilhelmsburg soll sie über die Brücke des 17. Juni geführt werden und den Binnenhafen und das Harburger Zentrum anbinden. Dabei darf die Option einer Tieferlegung der Fernbahnstrecke zwischen Binnenhafen und Harburger Zentrum nicht verbaut werden. Auch wenn die Strecke nicht kurzfristig realisiert werden kann, soll sie in der Bauleitplanung schon heute berücksichtigt werden.

Ein Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße darf nicht zu Lasten der Verkehrsanbindung Harburgs durchgeführt werden, auch nicht temporär während der IBA und der IGS.

Shared Space – gemeinsame Nutzung von Verkehrsflächen durch alle Verkehrsteilnehmer:

Wir wollen in Harburg einen ganztägigen Workshop (bürgerfreundlich am Wochenende) zum Thema "Shared Space in Harburg" mit Bevölkerung und Fachleuten durchführen, am besten unter Mithilfe der TUHH.

Ziel soll es sein, zwei Pilotbereiche in Harburg zu identifizieren, einen davon in zentraler Lage, die für die Umsetzung nach Maßgabe des Shared Space in Frage kommen und dort unter aktiver Beteiligung der Bewohner vor Ort durchzuführen.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist der Ausbau von Kreisverkehren an geeigneten Stellen, insbesondere am Finanzamtsknoten und an der Hannoverschen Straße / Seevestraße.

Die Koalition hält die Neuländer Straße, den Veritaskai, die Schloßstraße, den Schellerdamm und die Blohmstraße für nicht geeignet, Durchgangsverkehr, insbesondere von LKW, aufzunehmen. Stattdessen soll zur Entlastung des Binnenhafens die Seevestraße ertüchtigt und mit einem Kreisel an die Hannoversche Straße angebunden werden.

In Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzung Bremer Straße / Friedhofstraße / Ernst-Bergeest-Weg soll in der Friedhofstraße mit Verlängerung ins Göhlbachtal ein adäquater Fuß- und Radweg geschaffen werden.

Wir wollen die von der B73 im Zentrum Neugrabens verursachte Schneisenwirkung verringern und das Neubaugebiet und den Bahnhof besser an das Ortszentrum anbinden. Hierzu wollen wir die fußläufigen Verbindungen und Radwege insbesondere zu den vorhandenen Querungsmöglichkeiten verbessern. Zur Attraktivitätssteigerung in diesem Bereich gehören gleichfalls Veränderungen am Straßenbegleitgrün und der Beleuchtungssituation.

Nach der Verlagerung der unteren Straßenverkehrsbehörde in den Bezirk

-wird der Sinstorfer Weg im Bereich der Schule unter Beibehaltung der Ampelanlage mit Tempo 30 ausgewiesen werden.

-sollen am Falkenbergsweg durch ein Verkehrsgutachten Möglichkeiten erörtert werden, wie dort die Geschwindigkeit zu schnell fahrender motorisierter Verkehrsteilnehmer spürbar und nachhaltig

gesenkt werden kann. Angesichts der unterschiedlichen Sichtweisen in der dort ansässigen Bevölkerung wollen wir dort eine Planungswerkstatt mit Mediationsverfahren einrichten. Die Umsetzung der möglichen Ergebnisse soll in dieser Legislaturperiode erfolgen bzw. beginnen.

Die Tempoüberwachung mit Temposys-Geräten soll ausgebaut werden.

Zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme (Telematik) soll es in Harburg einen Modellversuch/ ein Pilotprojekt geben

An der B75 sollen *als Pilotprojekt* Bremsampeln eingeführt werden, nach der Prüfung der dort erzielten Effekte gegebenenfalls auch auf anderen Straßen.

Die Bushaltestelle der TUHH stadteinwärts soll an ihren alten Standort zurückverlegt werden.

Wir wollen die Einrichtung von bewachten Bike&Ride-Häusern an den Bahnhöfen Harburg und Neugraben, die die Diebstahlsicherheit verbessern sollen und auch Möglichkeiten der Fahrradreparaturen anbieten. Außerdem sollen dort Fahrradverleih bzw. Bike sharing zusätzlich angeboten werden.

Wir wollen vermehrt Fahrradabstellmöglichkeiten schaffen bzw. ausbauen, insbesondere an S-Bahnhöfen und in zentralen Lagen.

Es soll eine bedarfsgerechte Taktverdichtung der S-Bahn S3/S31 durchgeführt werden.

Es soll geprüft werden, ob in Bereichen mit Einkaufscharakter Dauerparkplätze in Kurzzeitparkplätze umgewandelt werden können, um den regionalen Einzelhandel zu stärken. Außerdem soll an geeigneten Standorten die so genannte Brötchentaste eingeführt werden.

Es soll überprüft werden, wo im Bezirk geeignete Parkmöglichkeiten für LKW bestehen. Diese sollen in wohnnahen Gebieten verringert werden.

Es soll geprüft werden, ob die Mittel aus dem Ausgleichsmaßnahmentopf flexibler eingesetzt werden können. Bei Straßenbegleitgrün, das im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen angepflanzt wurde, sollen auch die Kosten für die Pflege aus dem Topf für Ausgleichsmaßnahmen finanziert werden können.

Die Koalitionäre setzen sich dafür ein, dass beim (End-)Ausbau von Straßen die Zuständigkeit für die Entscheidungen im Bezirk liegen soll.

Wir wollen attraktive Radverbindungen auch für längere Strecken zwischen Neugraben, Harburg, Finkenwerder und dem Alten Land.

Fuß- und Radwegeverbindungen aus allen Ortsteilen in die Harburger Innenstadt sollen auf begrüntem und verkehrsarmen Trassen ausgebaut bzw. eingerichtet werden.

Die Fuß- bzw. Radwegeverbindung von Süderelbe über das Spülfeld nach Finkenwerder muss eingerichtet und ausgeschildert werden.

In der Haakestraße auf gesamter Länge unter Beibehaltung der Lichtzeichenanlage Weusthoffstraße und im Eißendorfer Pferdeweg zwischen Heimfelder Straße und Denickestraße sollen Tempo-30-Zonen eingerichtet werden.

Da die Harburger Straßen bedingt durch die besondere geographische Lage im Verhältnis zu Hafen- und Industrieanlagen überdurchschnittlich von Wirtschaftsverkehr belastet sind, sollen zusätzliche Mittel eingeworben werden. Diese können beispielsweise bei der Beseitigung von den Folgen von Havarieunfällen jeglicher Art eingesetzt werden.

Wirtschaft

In der lokalen Wirtschaftspolitik sind die wichtigsten Ziele der Erhalt und die Neuansiedlung von Unternehmen, sowie damit einhergehend die Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung soll verstärkt und neu ausgerichtet werden; Ziel ist, die verschiedenen Verwaltungsbereiche besser zu vernetzen und den Standard von Umlandgemeinden und Kreisen zu erreichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vorhandenen Anreizsysteme für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen ausgebaut werden.

Grundsätzlich soll beim Verkauf von städtischen Liegenschaftsflächen im Bezirk die Bezirksversammlung frühzeitig beteiligt werden; besonders beim Verkauf verpachteter Flächen an Unternehmen ist eine Zustimmung der BV erforderlich.

Harburg soll in der Tourismuswerbung der Hansestadt in stärkerem Maße als bisher vorkommen, zumal Harburg etliche Attraktionen mit dem Potenzial überregionaler Ausstrahlung zu bieten hat, wie etwa die Wasserskianlage in Neuland, das Alte Land, die Heideflächen in Süderelbe, die Falckenberg-Sammlung in den Phoenix-Hallen und das Harburger Schloss.

BIDs sehen wir auch in Zukunft als sinnvolles Instrument der innerstädtischen Revitalisierung an.

Seit über einem Jahrzehnt verfolgt eine Vielzahl von Akteuren das Ziel einer Attraktivitätssteigerung der Harburger Innenstadt. Zentraler Aktions- und Betrachtungsraum war dabei insbesondere die Lüneburger Straße als das gewachsene innerstädtische Einzelhandelszentrum von Harburg. Um Urbanität spürbarer zu machen, sollte dieser Aktionsradius räumlich und inhaltlich erweitert werden. Diese Ausrichtung erfolgt in Form von räumlichen Schwerpunkten, die sich an den entscheidenden Innenstadtfunktionen von Oberzentren orientieren und in Form eines Gesamtkonzepts erfasst werden.

Auch Housing Improvement Districts bzw. den so genannten Innovationsbereichen stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Die klassischen Einkaufslagen sollen gestärkt werden. Wir wollen keine Neuansiedlungen auf der grünen Wiese.

In vernünftigem Rahmen wollen wir die Nutzung des öffentlichen Straßenraums zur Steigerung der Attraktivität ermöglichen.

Der Wochenmarkt am Sand soll weiterentwickelt werden; hierzu unterstützen wir die Bestrebungen zur Privatisierung.

Wir wollen den Obstbau im Alten Land erhalten, insbesondere den ökologischen; dies gilt auch für andere landwirtschaftlichen Flächen im Bezirk.

Wir wollen den Ausbau des ökologischen Landbaus, u.a. durch längerfristige Pachtverträge städtischer Flächen, um die Planungssicherheit zu erhöhen.

Der Bezirk soll die Erstellung eines Naherholungs- und Tourismuskonzeptes beauftragen.

Schule und Jugend

Die regionale Bildungskonferenz und das Schulbauprogramm Hamburg Süd unter Einbeziehung der Bezirksversammlung bei der Prioritätensetzung, werden von uns unterstützt.

Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass als Bestandteil des Bildungs- und Gemeinschaftszentrum Neugraben eine Ganztagsprimarschule der Jahrgangsstufen 0-6 errichtet wird, die auch den Einzugsbereich der bisherigen Grundschule Quellmoor abdeckt. Mit dem BGZ soll

ein für Hamburg wegweisendes Projekt realisiert werden. Dazu gehört auch die gemeinsame Schulversorgung für Kinder aus der Großsiedlung Neuwiedenthal und aus dem Neubaugebiet. Auf dieser Basis soll der Architektenwettbewerb vor Beginn der regionalen Bildungskonferenzen ausgelobt werden, damit die Schule gleichzeitig mit den ersten Wohnhäusern fertig werden kann. Die Fertigstellung der geplanten Sporthalle darf nicht verzögert werden.

Wir wollen, dass in jeder Schule die Möglichkeit besteht, vor Ort in Schulküchen Mittagessen zu bereiten. Hierzu sollen die vorgesehenen Bundesmittel abgerufen werden. Dabei unterstützen wir Schulen, die ein umfassendes pädagogisches Ganztagskonzept anbieten. Bestandteil des jeweiligen Ganztagskonzeptes muss auch die Möglichkeit für die Schülerinnen und Schüler sein, ein vollwertiges Mittagessen einzunehmen.

Im Zusammenhang mit dem Neuländer Baggersee unterstützen wir das Projekt des grünen Klassenzimmers.

Die Verteilung der Jugendhilfemittel nach dem Jugendeinwohnerwert wird von der Koalition begrüßt und eine zügige Umsetzung angestrebt.

Wir unterstützen den Jugendclub in Eißendorf und die Einrichtung von Angeboten für Jugendliche im Gebiet Neugrabener Wiesen.

In den neuen Gemeinschaftszentren soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Nutzer auf Augenhöhe erfolgen.

Wir wollen eine aktuelle Bestandsaufnahme der Angebote für Jugendliche mit einer Identifizierung vorhandener Lücken im Bezirk.

Darauf aufbauend wollen wir einen Ausbau der Freizeitangebote wie beispielsweise die Einrichtung kostenloser Übungsräume für jugendliche Musikgruppen.

Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten soll gegen den Alkoholkonsum von Jugendlichen verstärkt vorgegangen werden.

Soziales

Folgende Quartiere sollen weiterentwickelt und in ihnen die positiven Entwicklungen verstetigt werden:

Neuwiedenthal, Sandbek, Seehof-Siedlung, Heimfeld-Nord, Bunte-Quartier, Harburg zwischen Eißendorfer Straße und Göhlbachtal, Sinstorf südlich des Meckelfelder Weges

Durch neu einzurichtendes Quartiersmanagement wird Arbeitsmarktpolitik mit der sozialen Stadtteilentwicklung verknüpft. Die Koalition setzt auf spezielle, Quartiers bezogene Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose. Mit der so genannten Quartiersarbeit wollen wir möglichst sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Menschen im Quartier zu Gunsten des Quartiers schaffen. Aufgaben der Quartiersarbeit sollen u.a. Spielplatzbetreuung, Fahrradbetreuung an S-Bahn-Haltestellen und Pförtnerlogen sein.

Dem Quartiersmanagement kommt neben der Organisation der Quartiersarbeit eine Bündelungsfunktion für niedrigschwellige Beratungsleistungen vor Ort zu. In diesem Rahmen sollen Beratungsangebote bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dies gilt auch für Hilfen zur Existenzgründung oder Wirtschaftsförderung.

Es sollen lokale Quartiersräte eingerichtet bzw. ausgebaut werden, die die Bürgerbeteiligung vor Ort verbessern. Dabei sollen so genannte Verfügungsfonds eingerichtet werden, woraus kleinere Projekte wie z.B. Stadtteilstiftungen finanziert werden können. Über Ausgaben bis zu einer gewissen Grenze entscheidet allein der Quartiersrat. Über höhere Ausgaben der Verfügungsfonds entscheiden ggf. die Regionalausschüsse.

Ein Schwerpunkt der bezirklichen Sozialpolitik ist die aufsuchende Sozialarbeit, in den Familien vor Ort.

Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, müssen einen Ansprechpartner haben. Aus diesem Grund soll die Fachstelle für Wohnungsnotfälle auch für Harburg ausgebaut werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass altersspezifisch unterschiedliche Wohnformen benötigt werden.

Aufgrund der besonderen geographischen Lage benötigt Harburg eine eigene, vom Bedarf abhängige Möglichkeit der öffentlichen Unterbringung für nicht in normale Wohnungen vermittelbare Menschen.

Die Obdachlosenhilfe soll vor Ort ausgebaut werden.

Wir legen Wert auf eine ausgewogene Sozialstruktur. Dies sollte für alle Hamburger Stadtteile das Ziel sein.

Die niedrigschwelligen Migrationsberatungsstellen sollen ausgebaut werden, insbesondere die psychosoziale Beratung.

Die Straßensozialarbeit soll ausgebaut und ASD und Heimaufsicht aufgestockt werden.

In den Gemeinschaftszentren soll es niedrigschwellige Angebote auch für Senioren geben. Diese sollen kultursensibel aufgebaut sein, um auch Menschen mit Migrationshintergrund offen zu stehen.

Die Harburger Tafel und das Abrigado werden gesichert.

Wir setzen uns für eine dauerfinanzierte Lösung für den Freizeitklub PGF ein.

Die landesweit beauftragten Träger der Schuldnerberatung sollen ersucht werden, ortsnahe Angebote zu schaffen.

Wir setzen uns ein für flächendeckende Ärzteversorgung im Bezirk, vor allem hinsichtlich von Haus- und Kinderärzten

Wir unterstützen die Weiterführung von Pflege- und Gesundheitskonferenz

Die Krankenhausversorgung auf modernem Stand muss gesichert werden.

Einen wichtigen Punkt der Gesundheitsprävention sehen wir in der Frage der gesunden Ernährung insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

Eine angemessene perinatale Betreuung in den Harburger Krankenhäusern muss sichergestellt werden.

Die Einrichtung eines Hospizes im Bezirk wird unterstützt.

Die Hebammenstellen im Bezirk sollen ausgebaut werden.

Weitere Eltern-Kind-Zentren sollen aufgebaut werden.

Das Projekt Frühe Hilfen wird ausgebaut.

Die Wartelisten für Kitaplätze im Bezirk müssen kürzer werden; auch die Zahl integrativer Plätze soll steigen.

Es soll eine Bedarfsanalyse der Kitaplätze im Bezirk aufgestellt werden.

Entscheidungen zu Wohnraumumwandlungen, um mehr Kitaplätze zu ermöglichen, sollen schneller fallen. Anträge auf Ausbau einer Kita sollen auf beiden Seiten der Elbe zügig beschieden werden.

Wir setzen uns für den Bau von Kindertagesstätten im Bereich NF65 und Röttiger-Kaserne ein.

Wir wollen das Mehrgenerationen-Wohnen fördern.

Sofern nach Bundesrecht regionale Pflegestützpunkte eingerichtet werden sollen, werden sich die Vertragsparteien für eine angemessene Berücksichtigung Harburgs einsetzen.

Auf allen Ebenen des bezirklichen Handelns vor Ort sollen die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen beachtet werden.

Der Haushalt soll aufgestockt werden, um Mittel der erfolgreichen SAE-Projekte verstetigen zu können.

Alle öffentlichen Räume sollen barrierefrei zugänglich sein.

Im Wohnungsbau setzen wir uns für vermehrte behindertengerechte Bautätigkeit und Umbau ein, der über die Barrierefreiheit hinausgeht.

Ehrenamtliches Engagement wollen wir fördern und unterstützen; hierbei soll es auch Möglichkeiten von Vergünstigungen geben.

Ein Netzwerk der Ehrenamtlichkeit soll aufgebaut werden.

Kultur und Sport

Die positive Entwicklung des Harburger Theaters ist zu fördern und zu begleiten.

Es soll geprüft werden, ob die Bühne im Helms-Saal ausgebaut werden kann.

Die zügige Fertigstellung des Foyer-Umbaus im Helms-Museum muss umgesetzt werden.

Das Helms-Museum soll als eigenständiges Museum für Harburger Stadtgeschichte und Landesmuseum für Archäologie und Bodendenkmalpflege erhalten und ausgebaut werden.

Die Sanierung der Friedrich-Ebert-Halle ist zügig umzusetzen; unverzüglich muss mit der Erneuerung der Technik für das Saallicht, der Bühnenbeleuchtung, der Beschallung und der Vorbühne begonnen werden.

Der Kunstverein Harburger Bahnhof soll bereits im nächsten Haushalt in die institutionelle Förderung aufgenommen werden.

Die Sammlung Falckenberg und ihre internationale Bedeutung sollte öffentlich bekannter gemacht werden.

Die Weiterentwicklung des Harburger Kunstpfades wird angestrebt; Kunst im öffentlichen Raum, die baulichen Maßnahmen weichen muss, soll in Zusammenarbeit mit den Künstlern, an geeigneten Stellen neu platziert werden.

Der Erhalt der Bücherhalle und des Bücherbusses im Bezirk ist für uns von besonderer Bedeutung.

Das Binnenhafenfest und der Harburger Kulturtag sind ein wichtiger Beitrag für das kulturelle Leben in Harburg; die Koalition setzt sich für den Erhalt und die Förderung ein.

Initiativen zur Gründung einer Geschichtswerkstatt im Bezirk Harburg werden unterstützt.

Bei den Planungen zur neuen Nutzung und Gestaltung von Teilen des Phoenix-Areals sollte auch die kulturelle Nutzung mit in die Planungen einbezogen werden; ein Veranstaltungszentrum mit Galerie, Bühne und Café würde die kulturelle Szene in Harburg aufwerten.

Die Vertragspartner setzen sich für einen Erwerb des Harburger Schlosses durch die Stadt Hamburg ein. Die Örtlichkeiten sollen in ein kulturelles Gesamtkonzept einbezogen werden, dass sich schwerpunktmäßig mit der Harburger Industriegeschichte im 19. Jahrhundert beschäftigt. Vorhandene Konzepte (u.a. das Konzept Park Postkolonial) sollen ergebnisoffen unter maßgeblicher Beteiligung des Helms-Museum in einem öffentlich moderierten Prozess aufbereitet werden.

Für den Binnenhafen ist ein Konzept zu entwickeln, damit möglichst viele der historischen Häuser nicht nur erhalten bleiben und restauriert werden können, sondern diese in ein gesamtbauliches Konzept der gesamten Binnenhafennutzung mit einbezogen werden.

Die Vertragspartner begrüßen, dass der nächste Bauabschnitt der TUHH mit gleichzeitigem vollständigem Erhalt der Fassade der Pionierkaserne gesichert werden kann. Dadurch wird den Interessen der Universität nach einem modernen funktionalen Raumangebot ebenso Rechnung getragen, wie denkmalpflegerischen und stadtgeschichtlichen Aspekten.

Denkmalensembles sollen zügig und mit Prioritätensetzung festgelegt werden.

Es muss schnellstmöglich eine Bestandsaufnahme aller staatlichen Sportanlagen und der Sanierungsbedarfe erfolgen; im Rahmen des Schulsanierungsprogramms der GWG ist zu prüfen, ob und wie die sanierungsbedürftigen Hallen vorrangig behandelt werden können.

Mit der Verlagerung von Wilhelmsburg in den Bezirk Mitte fallen auch potentielle Sportplatzkapazitäten für Harburger Sportvereine weg. Der Bedarf an Sportplatzkapazitäten ist zu überprüfen und, in Zusammenarbeit mit den Vereinen, anzupassen.

Die Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag bei der Integration von Kindern und Jugendlichen. Sport bietet den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit eine gemeinsame Basis für einen respektvollen Umgang zu erlernen. Dabei müssen die Sportvereine unterstützt werden. Ein gutes Beispiel hierfür war die Einrichtung eines Kraft- und Trainingsraums bei der HNT mit Unterstützung bezirklicher Mittel. Solche Projekte sind zu fördern.

Die soziale Sportförderung im Bezirk Harburg sollte weiter alle Kinder und Jugendlichen auffangen können, deren Unterstützung aus keinen anderen Fördermitteln möglich ist.

Der Bau der Gemeinschaftszentren muss vorangetrieben werden. Sport und Kultur müssen mit einbezogen werden.

Der Erhalt der Sportstätten der ehem. Röttiger-Kaserne ist notwendig; die Sanierung soll unter Einbeziehung der Sportverbände und -vereine zügig erfolgen; wichtig ist auch der Bau neuer Umkleideräumlichkeiten für die Außenanlagen.

Die Sporthalle in Moorburg muss erhalten bleiben.

Der Betrieb des Freibades Neugraben muss langfristig finanziell gesichert werden.

Die Umsetzung des Sportprojekts am Neuländer Baggersee soll unterstützt werden; die Nutzung des Areals soll unter Berücksichtigung der ökologischen notwendigen Gesichtspunkte für Sport und Freizeit vorangetrieben werden.

Die Koalition begrüßt den Bau einer Marina im Harburger Binnenhafen.

Generell muss das Angebot der Schwimmbäder, auch in Hinblick auf das Schulschwimmen, kritisch geprüft werden und dem Bedarf angepasst werden.

Bei einer Bewerbung für die Universiade sind die bezirklichen Sportstätten angemessen zu berücksichtigen.

Inneres, Bürgerservice und Beteiligung

Die Koalition erwartet die zügige Umsetzung der Zusage des Ersten Bürgermeisters im Hinblick auf die Verlagerung einer Fachbehörde in den Bezirk Harburg.

Die drei Kundenzentren des Bezirksamts sollen im Dienstleistungszentrum zwischen Rathaus und Knoopstrasse zusammengefasst werden. Sie sollen modern, vernetzt und bürgerfreundlich gestaltet werden. Dieses gilt für jedes einzelne der drei Zentren. Die Realisierung soll zügig angegangen werden, auch um die neue Museumsachse zeitnah realisieren zu können.

Die Kundenzentren sortieren sich unter der Generalüberschrift „Bürgerservice“ ein. Sie sollen Orte werden, bei denen alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Anliegen vorzutragen. Die Verwaltung soll nach dem Prinzip „Ein Ansprechpartner pro Kunde“ bürgerfreundlich organisiert werden. Ihre Arbeit soll dezernatsübergreifend funktionieren.

Die bauliche Gestaltung soll mit einer neuen Gestaltung der Innenräume des Rathauses und dem Bau einer Tiefgarage einhergehen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Kundenservice auch bei nichtbezirklichen Dienststellen, z.B. KFZ-Anmeldungen und Müllabfuhr, verbessert wird.

Es soll ein Kundenzufriedenheitsmonitoring im Bezirksamt eingeführt werden.

Der Internetauftritt des Bezirks soll erheblich aufgewertet und bürgerfreundlicher gestaltet werden. Tagesordnungen und Sitzungsprotokolle der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse sollen dem Bürger über das Internet zugänglich sein. Zu wichtigen Themen soll es moderierte Online-Diskussionen, ggfs. in Zusammenarbeit mit TU Tech, geben.

Das Bezirksamt soll jährlich durch das Steuerungsdezernat einen Tätigkeitsbericht des Bezirksamtes herausgeben (Vorbild Bergedorf).

Die Koalition unterstützt das Mittel von Ziel- und Leistungsvereinbarungen innerhalb der Verwaltung zur Effizienzsteuerung.

Die personelle Ausstattung beim Ausländeramt soll verbessert werden.

Wir wollen eine Förderung des Migrantenanteils im öffentlichen Dienst, insbesondere um sprachliche und kulturelle Kenntnisse effektiv einzusetzen.

Die Besetzung der Umwelthotline muss kompetent gewährleistet sein

Mit dem Umzug der Polizeidienststellen in das neue Gebäude muss der 6. Streifenwagen zur Verfügung stehen.

Die polizeiliche Einsatzgruppe Präsenz soll verstärkt werden.

Die „Bürgernahen Beamten“ sollen personell besser ausgestattet werden; bei ihrer Aufgabe als Cop4you sollten sie nicht zu viele Schulen betreuen müssen, da nur im regelmäßigen direkten Kontakt ein Vertrauensverhältnis mit den Schülern aufgebaut werden kann; es sollten regelmäßig in den Vormittagsstunden die Kaufhäuser und Einkaufszentren auf Schulschwänzer kontrolliert werden.

Wir erwarten die zügige Umsetzung des Projektes „Anti-Konflikt-Team“ in Harburg.

Projekte und Programme zur Gewaltprävention, besonders für Männer und männliche Jugendliche, wollen wir fördern.

Das erfolgreiche polizeiliche Konzept in Sandbek und Neuwiedenthal (ProSaNe) wird weitergeführt.

Die vermehrte Vermüllung im öffentlichen Raum zieht eine Rattenplage nach sich; dieses Problem muss zügig beseitigt werden.

Bei Großveranstaltungen (z.B. Rathausfest, Außenmühlenfest) sind die Sicherheitsbelange rechtzeitig zu prüfen.

Korruption in der Verwaltung ist ein wichtiges Thema; alle Mitarbeiter der Harburger Verwaltung sollten regelmäßig die Fortbildungsseminare zu diesem Themenkomplex besuchen.

Der BOD muss seine Soll-Stärke erhalten (210 Stellen für ganz Hamburg/Anteil Harburg muss aufgestockt werden); die Einsätze sollen auch verstärkt am Abend stattfinden. Die Zusammenarbeit zwischen BOD und Polizei soll effizient gestaltet werden.

Die Sicherheitskonferenz muss erhalten bleiben.

Die Effektivität der ÖRA für Harburg muss überprüft und, wenn nötig, verbessert werden.

Die Vertragspartner setzen sich für die Ausweitung der Mediation am Amtsgericht Harburg ein.

Die Freiwillige Feuerwehr soll gleichberechtigter Partner der Berufsfeuerwehr bleiben (Bestandsgarantie); das neue Gebäude für die FF Harburg muss zügig errichtet werden.

Die medizinische Notversorgung für die Neubaugebiete Neugrabener Wiesen und Röttiger Kaserne muss rechtzeitig überprüft und sichergestellt werden.

Sicherheit im ÖPNV muss, vor allem nachts, gewährleistet sein.

Es soll eine aufgabengerechte Betreuung der Regionalausschüsse durch die Verwaltung und eine gute Verwaltungsanbindung der Regionalausschüsse gewährleistet werden.

Der Regionalausschuss Süderelbe soll weiter in Süderelbe tagen.

Das in der vergangenen Legislaturperiode von der Koalition beschlossene Konzept zum Jugendparlament soll umgesetzt werden. Hierzu wird begrüßt, dass ein entsprechendes Budget vom Senat zur Verfügung gestellt wird.

Die Stärkung der Bürgerbeteiligung ist ein Ziel der Koalitionspartner. Das soll zum Beispiel durch Veränderungen der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung ermöglicht werden. U.a. sollen sich Bürgerfragen in der Bürgerfragestunde der Bezirksversammlung auch an die Verwaltung richten können.

Zusammenarbeit der Vertragspartner

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass sie bei allen in der Vereinbarung geregelten Punkten grundsätzlich gemeinsam abstimmen. Dieses gilt in der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen.

Anträge und Initiativen werden zwischen den Fraktionen vor Einbringung grundsätzlich abgestimmt. Die Vertragsparteien stimmen auch darin überein, dass in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die nicht ausdrücklich Gegenstand der Vereinbarung, bzw. nicht abschließend in ihr geregelt sind oder sich später ergeben, Entscheidungen nicht gegen den Willen des anderen Partners getroffen werden. Sollten sich in Einzelfragen unterschiedliche Auffassungen ergeben, werden die Partner eine konsensuale Lösung anstreben. Dazu sind gegebenenfalls Abstimmungen zu vertagen. Zur Klärung strittiger Fragen wird ein Vertragsausschuss eingesetzt. Er ist auf Verlangen einer Partei unverzüglich einzuberufen. Er wird von den Fraktionsvorsitzenden gemeinsam geleitet. Jede Seite kann bis zu drei weitere Mitglieder benennen.

Bei herausgehobenen Personalentscheidungen werden die Koalitionäre einvernehmlich entscheiden.

Für die CDU

Für die GAL

Ralf-Dieter Fischer

Henning Wiegers

Inge Ehlers

Gerd Abrolat

Rainer Bliefenicht

Ronald Preuß

Ernst Hornung

Kay Wolkau